

Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Aktienrecht

Systematik, Materielles Recht, Verfahrensfragen, Behandlung in der Hauptversammlung

VON

Dr. Olaf Gärtner, Dr. Michael Rose, Dr. Adolf Reul

1. Auflage

Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Aktienrecht – Gärtner / Rose / Reul

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Aktiengesetz](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62067 6

Gärtner/Rose/Reul
Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Aktienrecht

Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Aktienrecht

Systematik, Materielles Recht,
Behandlung in der Hauptversammlung

Von

Dipl.-Kfm. Dr. Olaf Gärtner

Rechtsanwalt in München

Dr. Michael Rose

Rechtsanwalt in München

Dr. Adolf Reul

Notar in Neu-Ulm

2014



www.beck.de

ISBN 978 3 406 62067 6

© 2014 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: ottomedien
Heimstättenweg 52, 64295 Darmstadt

Druck und Bindung: fgb · Freiburger Graphische Betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg i.Br.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das vorliegende Buch richtet sich an den Hauptversammlungspraktiker, der in der Hauptversammlung auf unvorhergesehene Situationen schnell reagieren muss, sowie an den Prozessrechtler, der den pathologischen Fall vor Gericht behandelt. Es soll eine Handreiche sein für Unternehmen, die eigene und fremde Hauptversammlungen vorbereiten und durchführen, deren Vorstände, Aufsichtsräte und Rechtsabteilungen sowie Investor-Relation Abteilungen. In gleicher Weise betrifft das Thema schließlich Richter, die mit Beschlussmängelklagen befasst sind, und Notare, die Hauptversammlungen betreuen.

Inhaltlich liegt dem Buch das Konzept zugrunde, die in der Rechtsprechung und Literatur bekannt gewordenen aktienrechtlichen Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe strukturiert und systematisch aufgearbeitet in komprimierter Form darzustellen und damit für den Verwender leicht zugänglich und verfügbar zu machen. Im Fokus steht die Darstellung der Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe, da gerade das materielle Risiko von Beschlussmängelklagen oftmals entscheidend ist und damit für die betroffenen Aktiengesellschaften die höchste Bedeutung hat. Zusätzlich zu einer Erläuterung entscheidender Kernpunkte und wichtiger Einzelthemen wird eine umfassende, auf Vollständigkeit abzielende Darstellungsweise verfolgt. Abgeschlossen werden die einzelnen Unterkapitel mit Ausführungen zur Darlegungs- und Beweislast, die sich insbesondere an den Prozessrechtler richten.

Unser Dank gilt allen Kollegen und Mitarbeitern, die mit wertvollen Hinweisen, Erfahrungen und tatkräftiger Unterstützung zur Entstehung dieses Werkes beigetragen haben, sowie insbesondere den Familien der Autoren, die uns mit viel Geduld und großem Verständnis begleitet haben.

München und Neu-Ulm, im März 2014

Olaf Gärtner
Michael Rose
Adolf Reul

Bearbeiterverzeichnis

Im Einzelnen haben bearbeitet:

Dipl.-Kfm. Dr. Olaf Gärtner

1. Teil A; B;
2. Teil A I, IV; B V, VI, VIII, IX;
3. Teil E;
4. Teil F; H

Dr. Michael Rose

2. Teil A III, B III, VII;
3. Teil A–D; F;
4. Teil E; G

Dr. Adolf Reul

2. Teil A II; B I, II, IV, X–XIII;
4. Teil A–D

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literatur in Aufsatzform	XLIII
1. Teil. Systematik der Anfechtungs und Nichtigkeitsgründe	1
A. Nichtigkeitsgründe, § 241 AktG	1
B. Anfechtungsgründe, § 243 AktG	9
2. Teil. Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe bei der Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung	13
A. Vorbereitung der Hauptversammlung	13
B. Durchführung der Hauptversammlung	90
3. Teil. Materielle Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	357
A. Treupflichten	357
B. Gleichbehandlungsgrundsatz	365
C. Verfolgung von Sondervorteilen	373
D. Materielle Beschlusskontrolle	382
E. Sittenwidrigkeit	387
F. Nichtigkeit gemäß § 241 Nr. 5 AktG	391
4. Teil. Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe betreffend einzelne Beschlussgegenstände	399
A. Gewinnverwendungsbeschluss	399
B. Entlastung	415
C. Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder	439
D. Satzungsänderungen	457
E. Kapitalmaßnahmen	486
F. Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträge	560
G. Squeeze-out-Beschlüsse	563
H. Strukturmaßnahmen von herausragender Bedeutung („Holzmüller“)	588
Sachverzeichnis	595

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literatur in Aufsatzform	XLIII
1. Teil. Systematik der Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	1
A. Nichtigkeitsgründe, § 241 AktG	1
I. Überblick	1
II. Die Nichtigkeitsgründe des § 241 Nr. 1–6 AktG	2
III. Nichtigkeitsgründe gemäß § 241 Hs. 1 AktG	3
IV. Spezielle Nichtigkeitsklagen (§§ 250, 253, 256 AktG)	5
V. Die Heilungsvorschrift des § 242 AktG	6
1. Allgemeines	6
2. Exkurs: Nichtige Satzungsbestimmungen	6
a) Nachträgliche Satzungsänderung verstößt gegen das Gesetz	7
b) Gründungssatzung enthält gesetzeswidrige Satzungsbestimmung	7
c) Nachträgliche Rechtswidrigkeit einer Satzungsbestimmung durch Gesetzesänderung	7
d) Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft	8
B. Anfechtungsgründe, § 243 AktG	9
I. Überblick	9
II. Anfechtungsgründe	9
1. Verletzung von Gesetz oder Satzung (§ 243 Abs. 1 AktG)	9
2. Erstreben eines Sondervorteils (§ 243 Abs. 2 AktG)	10
III. Heilung durch Bestätigungsbeschluss, § 244 AktG	10
2. Teil. Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe bei der Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung	13
A. Vorbereitung der Hauptversammlung	13
I. Fehler bei der Einberufung der Hauptversammlung	13
1. Fehlende Einberufung	13
2. Fehlende Befugnis zur Einberufung	14
a) Vorstand	14
b) Aufsichtsrat	15
c) Aktionärsminderheit	16
d) Sonstige Personen	17
3. Inhalte der Einberufung	18
a) Fehlen von Mindestangaben	18
aa) Angabe der Firma	18
bb) Angabe des Sitzes der Gesellschaft	18
cc) Angabe des Ortes der Hauptversammlung	18
dd) Angabe der Zeit der Hauptversammlung	19

ee) Angabe der Person des Einberufenden	20
ff) Konsequenzen des Fehlens von Mindestangaben	21
b) Fehlen sonstiger Angaben	21
c) Besondere Angaben bei börsennotierten Gesellschaften (§ 121 Abs. 3 Satz 3 AktG)	22
aa) Bedingungen der Teilnahme (§ 121 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 AktG) ...	22
bb) Verfahren für die Stimmabgabe (§ 121 Abs. 3 Satz 3 Nr. 2 a) AktG)	24
cc) Stimmabgabe per Briefwahl oder im Wege elektronischer Kommunikation (§ 121 Abs. 3 Satz 3 Nr. 2 b) AktG)	26
dd) Rechte der Aktionäre (§ 121 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 AktG)	27
ee) Internetseite (§ 121 Abs. 3 Satz 3 Nr. 4 AktG)	28
ff) Anzahl der Aktien und Stimmrechte (§ 30b Abs. 1 Nr. 1 WpHG)	28
d) Vollversammlung	29
4. Form der Einberufung	30
a) Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern	30
b) Einberufung durch eingeschriebenen Brief	30
5. Frist der Einberufung	32
a) Allgemeine Einberufungsfrist	32
b) Spezielle Fristen bei Übernahmesachverhalten (§ 16 Abs. 4 AktG) ...	34
c) Spezielle Einberufungsfrist nach § 7 Abs. 1 Satz 1 FMStBG	34
6. Tagesordnungsergänzungsverlangen (§ 122 Abs. 2, 124 Abs. 1 AktG)	34
II. Fehler bei der Auslegung, Übersendung und Zugänglichmachung von Unterlagen	35
1. Pflichten zur Auslegung	37
a) Gesetzliche Auslegungspflichten	37
aa) Auslegungspflichten nach AktG	37
bb) Auslegungspflichten außerhalb des AktG	38
b) Auslegungspflichten nach der Rspr.	38
2. Gegenstand der auszulegenden Unterlagen	39
a) Verträge	39
b) Beschlüsse	41
c) Berichte	41
d) Jahresabschluss, Zwischenbilanz	42
e) Lagebericht	44
f) Vorschlag des Vorstandes über die Gewinnverwendung	44
g) Erläuternder Bericht des Vorstandes	45
3. Art und Weise/Ort und Zeitpunkt der Auslegung	47
a) Art und Weise der Auslegung	47
b) Ort der Auslegung	48
c) Zeitpunkt der Auslegung	48
4. Zugänglichmachen und Übersendung von Unterlagen	50
a) Zugänglichmachen in der Hauptversammlung	50
b) Übersendung von Unterlagen auf Verlangen	52
aa) Gegenstand der Übersendung	52
bb) Art und Weise der Übersendung der Unterlagen	54

c) Zugänglichmachen über die Internetseite als Alternative zur Auslegung	55
d) Erweiterte Pflichten für börsennotierte Gesellschaften	56
5. Beweislast	58
6. Exkurs: Auslegung und Mitteilung der Einberufungsunterlagen	58
a) Auslegung, Mitteilung und Übermittlung der Einberufungs- unterlagen durch die Gesellschaft	59
aa) Gegenstand der Mitteilungspflichten	59
bb) Schuldner der Mitteilungspflicht	61
cc) Gläubiger der Mitteilungspflichten	62
(1) Kreditinstitute und Aktionärsvereinigungen nach § 125 Abs. 1 AktG	62
(2) Aktionäre nach Verlangen gem. § 125 Abs. 2 AktG	63
(3) Anfechtungsbefugnis in Fällen des § 125 Abs. 1 und 2 AktG ..	64
(4) Aufsichtsratsmitglieder nach § 125 Abs. 3 AktG	65
dd) Form und Frist für die Mitteilungen	65
(1) Form der Mitteilung	65
(2) Frist für die Mitteilungen	66
b) Mitteilung und Übermittlung der Einberufungsunterlagen durch Kreditinstitute	67
c) Veröffentlichung im Internet	67
d) Besonderheiten in Übernahmesachverhalten	68
III. Gegenanträge und Wahlvorschläge von Aktionären	70
1. Einleitung	70
2. Anfechtung aufgrund nicht ordnungsgemäßer Behandlung von Gegenanträgen und Wahlvorschlägen	70
a) Voraussetzungen der Pflicht zur Zugänglichmachung	71
aa) Antragsberechtigung	71
bb) Gegenantrag	72
cc) Begründung	73
dd) Form	73
ee) Frist	74
ff) Zusätzliche Voraussetzungen bei Wahlvorschlägen	75
b) Ausnahmen von der Pflicht zur Zugänglichmachung	76
aa) Strafbarkeit	76
bb) Gesetz- oder satzungswidriger Beschluss	77
cc) Falsche und irreführende Angaben, Beleidigungen	77
dd) Mehrfach auf denselben Sachverhalt gestützte Gegenanträge	78
ee) Identität mehrerer Gegenanträge	79
ff) Nichtvertretung des Antragstellers	80
gg) Nicht gestellte Gegenanträge in zwei früheren Haupt- versammlungen	80
c) Modalitäten der Zugänglichmachung	81
aa) Art der Zugänglichmachung	81
bb) Recht zur Zusammenfassung	81
cc) Stellungnahme der Verwaltung	82

dd) Behandlung überlanger Begründungen	82
ee) Besonderheiten bei Übernahmesachverhalten	83
d) Relevanz von Pflichtverletzungen	83
e) Beweislast	84
IV. Tagesordnungsergänzungsverlangen von Aktionären	84
1. Voraussetzungen der Pflicht zur Bekanntmachung	84
a) Antragsberechtigung	84
b) Antragsinhalt	85
2. Modalitäten der Bekanntmachung	86
a) Fristgemäße Bekanntmachung	86
b) Form der Bekanntmachung	87
c) Besondere Beschlussgegenstände, § 124 Abs. 2 AktG	88
d) Besonderheiten bei Übernahmesachverhalten	88
3. Ausschluss wegen Rechtsmissbrauch	88
4. Relevanz	89
5. Beweislast	89
B. Durchführung der Hauptversammlung	90
I. Teilnehmerverzeichnis	90
1. Fehler bei der Aufstellung	91
a) Verpflichtete	91
b) Art und Weise der Aufstellung	92
c) Zeitpunkt der Aufstellung und nachträgliche Veränderungen	93
2. Inhaltliche Mängel des Teilnehmerverzeichnisses	95
3. Fehlende Zugänglichkeit des Teilnehmerverzeichnisses in der Hauptversammlung	99
4. Fehler im Zusammenhang mit der Einsichtnahme nach der Hauptversammlung	100
5. Beweislast	101
II. Teilnahmerechte	101
1. Teilnahmerecht der Aktionäre	101
2. Anfechtbarkeit als Rechtsfolge bei der Verletzung des Teilnahmerechts	102
3. Allgemein teilnahmeberechtigte Personenkreise	103
a) Aktionäre	104
b) Stellvertretung	104
c) Legitimationszession	106
d) Pfändung/Verpfändung	110
e) Nießbrauch	110
f) Sonstige Berechtigte	110
g) Vorstand/Aufsichtsrat	112
h) Abschlussprüfer	113
i) Notar	113
j) Behördenvertreter	114
k) Dritte	114
l) Sonderbeschlüsse	115
4. Voraussetzungen für das Teilnahmerecht im Einzelfall	116
a) Anmeldung der Aktionäre	116

b) Legitimation der Aktionäre	118
aa) Legitimation bei Inhaberaktien	119
bb) Legitimation bei Namensaktien	120
cc) Legitimation von Vertretern	122
dd) Legitimation von Gästen und Medienvertretern	124
5. Unzulässige Beschränkungen des Teilnahmerechts	125
a) Zugangsverweigerung	125
b) Faktische Beeinträchtigungen	126
c) Unzulässiger Saalverweis	130
6. Verletzung von Teilnahmepflichten	131
7. Sonderfall: „Online-Teilnahme“	131
III. Fehler bei der Leitung der Hauptversammlung	132
1. Leitung der Hauptversammlung durch eine unzuständige Person	132
a) Person des Versammlungsleiters	133
aa) Allgemeine Anforderungen	133
bb) Bestimmung des Versammlungsleiters	133
b) Abberufung des Versammlungsleiters	134
aa) Satzungsgemäß bestimmter Versammlungsleiter	134
(1) Zulässigkeit der Abberufung	134
(2) Wichtiger Grund	136
(3) Mehrheitserfordernisse	137
bb) Gewählter Versammlungsleiter	137
cc) Aufgrund der Geschäftsordnung bestellter Versammlungsleiter	138
dd) Gerichtlich bestellter Versammlungsleiter	138
ee) Wirkung der Abberufung	138
ff) Unterlassung des Abwahantrags	139
c) Relevanz	139
d) Beweislast	139
2. Fehler bei der Verfahrensleitung	140
a) Eröffnung der Hauptversammlung	140
b) Prüfung der Teilnahmeberechtigung und Ermöglichung der Teilnahme	141
c) Teilnehmersverzeichnis	142
d) Abhandlung der Tagesordnung	142
e) Behandlung von Anträgen, Leitung der Abstimmung, Feststellung von Stimmverboten sowie Feststellung und Verkündung von Hauptversammlungsbeschlüssen	144
f) Beendigung der Hauptversammlung	144
3. Ordnungsmaßnahmen des Versammlungsleiters	145
a) Rechtsgrundlage der Ordnungsbefugnis	146
b) Zuständigkeit für Ordnungsmaßnahmen	146
c) Allgemeine Schranken von Ordnungsmaßnahmen	147
aa) Gleichbehandlungsgrundsatz	147
bb) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	147
d) Einzelfälle	148
aa) Begrenzungen des Rede- und Fragerechts	148

bb) Saalverweis	148
e) Relevanz	150
4. Beweislast	151
IV. Fehler im Zusammenhang mit einer Geschäftsordnung	151
1. Anfechtungs- und nichtigkeitsrelevante Verfahrensverstöße bei der Einführung, Änderung oder Aufhebung einer Geschäftsordnung	152
a) Einführung einer Geschäftsordnung	152
b) Änderung/Aufhebung einer Geschäftsordnung	153
2. Nichtigkeitsrelevante inhaltliche Verstöße durch den Inhalt der Geschäftsordnung	154
a) Rechtsnatur der Geschäftsordnung	154
b) Inhaltliche Mängel der Geschäftsordnung	154
3. Geschäftsordnungswidrige Hauptversammlungsbeschlüsse	156
a) Punktuelle Abweichung von der Geschäftsordnung	156
b) Sonstige geschäftsordnungswidrige Beschlüsse	157
V. Anfechtungsrisiken im Zusammenhang mit Berichtspflichten	158
1. Vorstandsbericht bei Bezugsrechtsausschluss	159
a) Verfahrensablauf	160
b) Berichtsinhalt	161
aa) Ordentlichen Kapitalerhöhung, § 186 Abs. 4 S. 2 AktG	161
bb) Genehmigtes Kapital, §§ 203 Abs. 1 S. 1, 186 Abs. 4 S. 2 AktG ..	163
cc) Schuldverschreibungen, §§ 221 Abs. 4 S. 2, 186 Abs. 4 S. 2 AktG	164
dd) Erwerb und Veräußerung eigener Aktien (Bezugsrechtsausschluss)	165
2. Berichtspflichten im Zusammenhang mit Unternehmensverträgen	165
a) Verfahrensablauf	166
b) Berichtsinhalt	165
3. Berichtspflichten bei der Eingliederung, § 319 AktG	167
a) Verfahrensablauf	168
b) Berichtsinhalt	168
4. Berichtspflichten bei Umwandlungsvorgängen (Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel)	169
a) Verfahrensablauf	170
b) Berichtsinhalt	170
aa) Verschmelzungsbericht	170
bb) Spaltungsbericht	171
cc) Umwandlungsbericht	171
5. Ungeschriebene Berichtspflichten (Holzmüller)	171
6. Berichtspflichten des Aufsichtsrats	172
a) Verfahrensablauf	173
b) Berichtsinhalt	173
7. Berichtspflichten des Hauptaktionärs	174
a) Verfahrensablauf	175
b) Berichtsinhalt	175
8. Wesentlichkeitskriterium, § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	176
9. Beweislast	177

VI. Erläuterungspflichten durch den Vorstand und den Aufsichtsrat	177
1. Erläuterung der Jahresabschlussdokumentation	178
a) Verfahrensablauf	179
b) Erläuterungsumfang	179
2. Erläuterung des Aufsichtsratsberichts	180
a) Verfahrensablauf	181
b) Erläuterungsumfang	181
3. Erläuterung von Unternehmensverträgen	181
a) Verfahrensablauf	182
b) Erläuterungsumfang	182
4. Erläuterung von Eingliederungen	183
5. Erläuterung bei Umwandlungsvorgängen (Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel)	184
a) Verfahrensablauf	184
b) Erläuterungsumfang	185
6. Erläuterungen beim Squeeze-Out	186
a) Verfahrensablauf	186
b) Erläuterungsumfang	186
7. Erläuterungen bei der Vermögensübertragung	187
8. Erläuterung bei Nachgründungsverträgen	188
9. Erläuterung bei sonstigen Strukturmaßnahmen (Holzmüller)	188
10. Wesentlichkeitskriterium, § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	189
11. Anfechtungsausschluss in Bezug auf bewertungsrelevante Informationen, § 243 Abs. 4 S. 2 AktG	189
12. Beweislast	189
VII. Verletzung des Rederechts	190
1. Einleitung	190
2. Der Schutzbereich des Rederechts	190
3. Regelungen der Ausübung des Rederechts	191
4. Beschränkungen des Rederechts	192
a) Generelle Redezeitbeschränkung	193
b) Individuelle Redezeitbeschränkung	196
c) Durchsetzung der Redezeitbeschränkungen	196
5. Schließung der Rednerliste	197
6. Schluss der Debatte	197
7. Relevanz	198
8. Beweislast	198
VIII. Verletzung des Fragerechts	199
1. Voraussetzungen des Auskunftsrechts der Aktionäre	199
a) Auskunftsberechtigung	201
b) Auskunftsverpflichtung	203
c) Angelegenheiten der Gesellschaft	204
d) Erforderlichkeit der Auskunftsgewährung	205
e) Auskunftsrecht nach § 131 Abs. 4 S. 1 AktG	207
f) Spezialgesetzliche Sonderregelungen zum Auskunftsrecht	208
2. Ordnungsgemäße Ausübung des Auskunftsrechts	209

a)	Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Auskunftsverlangen	209
b)	Anforderungen an eine ordnungsgemäße Auskunftserteilung	210
3.	Kein gesetzlicher Auskunftsverweigerungsgrund	212
a)	Nachteile der Gesellschaft, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 AktG	214
b)	Steuerliche Wertansätze, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 AktG	216
c)	Stille Reserven, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AktG	216
d)	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 AktG	217
e)	Strafbarkeit der Informationserteilung, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 AktG	217
f)	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Kreditinstitute und Finanzdienstleister), § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 6 AktG	218
g)	Vorab erteilte Informationen, § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 7 AktG	219
4.	Verwirkung des Anfechtungsrechts	220
5.	Wesentlichkeitskriterium, § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	221
6.	Verweisung auf das Spruchverfahren, § 243 Abs. 4 S. 2 AktG	222
7.	Einschränkungsermächtigung nach § 131 Abs. 2 S. 2 AktG	222
8.	Missbrauch des Fragerechts (Rechtsmissbrauch)	224
9.	Verhältnis zum Auskunftserzwingungsverfahren, § 132 AktG	225
10.	Schlüssigkeits- und Beweislastfragen	226
11.	Einzelfälle in Bezug auf das Auskunftsrecht	227
IX.	Beschlussfassung	244
1.	Ordnungsgemäße Abstimmung	244
a)	Beschlussfähigkeit	244
b)	Art und Weise der Abstimmung	244
c)	Festlegung der Art und Weise der Abstimmung	245
d)	Reihenfolge der Abstimmung über die Tagesordnungspunkte	246
aa)	Abstimmungsreihenfolge bei mehreren Sachanträgen zu einem Tagesordnungspunkt	246
bb)	Zusammengefasste Abstimmung am Ende der Versammlung	247
cc)	Block- oder Listenabstimmung	248
e)	Stimmabgabe und Willensmängel	250
2.	Ordnungsgemäße Ankündigung von Tagesordnungspunkten	251
a)	Fehlen einer (ordnungsgemäßen) Ankündigung	252
b)	Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern (§ 124 Abs. 2 Satz 1 AktG)	255
c)	Satzungsänderungen und zustimmungsbedürftige Verträge (§ 124 Abs. 2 Satz 2 AktG)	256
aa)	Satzungsänderung	256
bb)	Zustimmungsbedürftige Verträge	257
d)	Verstoß gegen § 124 Abs. 3 AktG	258
3.	Verbot der Stimmrechtsausübung	261
a)	Allgemeines Stimmverbot, § 136 Abs. 1 AktG	261
aa)	Entlastungsbeschlüsse	262
bb)	Befreiung von einer Verbindlichkeit	262
cc)	Geltendmachung eines Anspruchs	263
dd)	Aktionär als unmittelbarer Adressat	263

ee) Vertretungsverhältnisse	263
ff) Drittgesellschaftsfälle	264
b) Stimmverbot bei Sonderprüfungen, § 142 Abs. 1 S. 2 AktG	265
c) Stimmverbot aus Kommanditaktien, § 285 Abs. 1 S. 2 AktG	265
d) Ruhen des Stimmrechts	267
aa) Eigene Aktien, §§ 71 ff. AktG	267
bb) Wechselseitig beteiligte Unternehmen, § 328 AktG	268
cc) Verletzung von Mitteilungspflichten	269
e) Auswirkung auf das Abstimmungsergebnis	270
f) Beweislast	271
X. Beschlussfeststellung und Verkündung	271
1. Fehler im Zusammenhang mit der Person des Versammlungsleiters	273
a) Fehler bei der Wahl des Versammlungsleiters	273
b) Beschlussfeststellung durch den falschen Versammlungsleiter	274
2. Gegenstand und Fehler der Feststellung	275
a) Ermittlung des Abstimmungsergebnisses	276
b) Materielle Beschlusserfordernisse	279
c) Feststellung des Beschlussinhalts	281
3. Besonderheiten bei einer börsennotierten AG	282
a) Detaillierte Angaben zur Beschlussfeststellung bei börsennotierten Gesellschaften	282
b) Erleichterungen bei der Beschlussfeststellung	284
4. Folgen der Beschlussfeststellung	285
XI. Niederschrift über die Hauptversammlung	286
1. Privatschriftliche Hauptversammlungsniederschrift	287
a) Niederschrift des Versammlungsleiters	287
b) Voraussetzungen	288
c) Hauptversammlung mit „gemischten Beschlussfassungen“	290
2. Notarielle Hauptversammlungsniederschrift	291
a) Zuständigkeit des Notars	291
b) Wahrnehmungen des Notars	293
c) Verfahren der Beurkundung	294
d) Notwendiger Inhalt des Protokolls	297
aa) Beschlüsse nach § 130 Abs. 1 AktG	298
bb) Angaben nach Art. 130 Abs. 2 S. 1 AktG	299
(1) Ort, Tag der Versammlung, Name des Notars	299
(2) Art und Ergebnis der Beschlussfassung, Feststellung des Vorsitzenden	300
cc) Sonstige zwingende Angaben	304
e) Unterschrift des Notars	306
f) Besondere Angaben bei börsennotierten Aktiengesellschaften	308
g) Sonstige beurkundungspflichtige Vorgänge	311
aa) Angaben über das Verfahren der Stimmauszählung	312
bb) Minderheitsverlangen	313
cc) Auskunftsverweigerung	313
dd) Widerspruch	315

3. Anlagen	316
4. Erstellung der Niederschrift	317
5. Berichtigung der Hauptversammlungs-niederschrift	319
a) Grundlagen	319
b) Rechtsprechung	320
c) Literatur	321
d) Wahrnehmungen des Notars	322
e) Gegenstand der Berichtigung	322
aa) Offensichtliche Unrichtigkeiten	322
bb) Sonstige Fehler im Rahmen des § 130 Abs. 2 AktG	323
cc) Berichtigung nicht offensichtlicher Unrichtigkeit und sonstiger Fehler	323
f) Zeitpunkt der Berichtigung	323
aa) Offensichtliche Unrichtigkeiten	324
bb) Berichtigung vor Erteilung von Ausfertigungen und Abschriften	324
cc) Berichtigung nach Erteilung von Ausfertigungen und Abschriften	324
g) Berichtigung der privatschriftlichen Hauptversammlungs-niederschrift	326
XII. Virtuelle Hauptversammlung	326
1. Stimmrechtsvertretung	327
a) Stimmrechtsvertretung und Weisungen an den Vertreter	327
b) Übertragung der Hauptversammlung in Wort und Bild	328
2. Online Teilnahme	329
a) Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Rahmen der Online-Teilnahme	329
aa) Einzelne Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	329
bb) Relevanz des Rechtsverstößes	330
cc) Keine Anfechtung bei technischen Störungen	331
b) Online- Ausübung von Aktionärsrechten	331
aa) Präsenzversammlung mit Versammlungsleiter, Vorstand, Aufsichtsrat und Notar	332
bb) Regelung in der Satzung – Ermächtigung des Vorstandes	332
cc) Umfang der Aktionärsrechte und Einschränkungen	332
(1) Stimmrecht	332
(2) Fragerecht/Rederecht	334
(3) Insbesondere Widerspruch zur Niederschrift	335
dd) Richtlinienkonforme Begrenzung	336
c) Satzungsregelung oder Ermächtigung des Vorstandes	337
aa) Reichweite der Ermächtigung des Vorstandes	337
bb) Missbrauchsfälle	338
d) Zugänglichmachen von Dokumenten, Teilnehmerverzeichnis, Abstimmung	339
aa) Zugänglichkeit	339
bb) Führung des Teilnehmerverzeichnisses	340
cc) Abstimmung der Online-Teilnehmer	340
e) Vermeidung doppelter Stimmabgabe	341
f) Vorhalten der technischen Voraussetzungen	342

3. Briefwahl	343
a) Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe im Rahmen der Briefwahl	344
b) Abgrenzung Online-Teilnahme – Briefwahl	345
c) Anmeldung und Durchführung	346
d) Widerruf der Stimmabgabe bei Briefwahl	347
e) Veränderte Beschlussgegenstände	348
f) Persönliches Erscheinen/Online-Teilnahme	349
g) Vorhalten der technischen Voraussetzungen	349
XIII. Sonstige Mängel bei der Durchführung der Hauptversammlung	349
1. Sprache	350
a) Sprache und Leitung der Hauptversammlung	350
b) Fremdsprachige Wortbeiträge, Übersetzungsfehler	351
2. Bild- und Tonübertragung	352
a) Bild- und Tonübertragung nach § 118 Abs. 4 AktG	352
b) Übertragung in Nebenräume	353
3. Unterbrechungen der Hauptversammlung	354
3. Teil. Materielle Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	357
A. Treupflichten	357
I. Begründung der Treupflicht	357
II. Adressaten der Treupflicht	358
III. Inhalt der Treupflicht bei der Abstimmung	359
1. Treupflicht gegenüber der Gesellschaft	360
2. Treupflicht gegenüber den Mitaktionären	361
3. Entscheidungsermessen	363
IV. Wirkungen der Treupflicht	363
B. Gleichbehandlungsgrundsatz	365
I. Anfechtungsgrund	365
II. Voraussetzungen einer Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	365
1. Ungleichbehandlung	366
a) Erscheinungsformen der Ungleichbehandlung	366
b) Vergleichsmaßstab	367
c) Ungleichbehandlung durch die Gesellschaft	367
d) Ungleichbehandlung von Aktionären	368
2. Sachliche Rechtfertigung	368
3. Einzelfälle	369
4. Kein Verzicht auf Gleichbehandlung	372
III. Beweislastfragen	372
C. Verfolgung von Sondervorteilen	373
I. Voraussetzungen	373
1. Stimmabgabe	373
2. Sondervorteil	374
3. Schaden der Gesellschaft oder der anderen Aktionäre	374
4. Eignung zur Erlangung von Sondervorteilen	375
5. Subjektiver Tatbestand	375

II. Anfechtungsausschluss nach § 243 Abs. 2 Satz 2 AktG	376
1. Regelung durch Beschluss	376
2. Angemessenheit	377
3. Ausgleichsschuldner	377
4. Ausgleichs des Schadens der Gesellschaft	378
III. Verhältnis zum Konzernrecht	378
1. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	378
2. Andere Unternehmensverträge	379
3. Faktischer Konzern	379
IV. Einzelfälle	379
V. Beweislast	381
D. Materielle Beschlusskontrolle	382
I. Abgrenzung zur Treupflicht	382
II. Anforderungen der materiellen Beschlusskontrolle	382
1. Fehlen einer Abwägungsentscheidung des Gesetzgebers	382
2. Sachliche Rechtfertigung	383
III. Einzelfälle	384
IV. Beweislast	386
E. Sittenwidrigkeit	387
I. Nichtigkeitsgrund (Inhaltssittenwidrigkeit)	387
II. Anfechtungsgrund (Umstandssittenwidrigkeit)	388
III. Beispielfälle aus der Rechtsprechung	388
IV. Beweislast	390
F. Nichtigkeit gemäß § 241 Nr. 5 AktG	391
I. Vorschriften zum Schutz der Gläubiger	392
II. Vorschriften, die im öffentlichen Interesse gegeben sind	393
1. Allgemeine Voraussetzungen	393
2. Verstoß gegen Strukturprinzipien	394
3. Verstoß gegen das Prinzip der Satzungsstrenge	395
4. Weitere Einzelfälle	396
III. Wesen der Aktiengesellschaft	397
4. Teil. Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe betreffend einzelne Beschlussgegenstände	399
A. Gewinnverwendungsbeschluss	399
I. Einleitung	399
II. Anfechtungs- und nichtigkeitsrelevante Verfahrensverstöße	400
1. Zuständigkeit	400
2. Beschlussfassung	401
III. Inhaltliche Anforderungen	402
1. Bindung an den festgestellten Jahresabschluss	402
2. Entscheidungsspielraum der Hauptversammlung	403
3. Beschlussinhalt im Einzelnen	404
a) Bilanzgewinn	405
b) Der an die Aktionäre auszuschüttende Betrag oder Sachwert	405
c) In Gewinnrücklagen einzustellende Beträge	406

d) Gewinnvortrag	407
e) Zusätzlicher Aufwand aufgrund des Beschlusses	407
IV. Änderung von Gewinnverwendungsbeschlüssen	407
V. Besondere Anfechtungs- und Nichtigkeitsgründe	409
1. Nichtigkeit gemäß §§ 173 Abs. 3 und 217 Abs. 2 AktG	409
2. Nichtigkeit bei nichtigem Jahresabschluss	409
3. Heilung nichtiger Gewinnverwendungsbeschlüsse	410
4. Anfechtbarkeit gemäß § 254 AktG	410
a) Einstellen in Gewinnrücklagen	411
b) Verteilungsfähigkeit	411
c) Keine wirtschaftlich notwendige Einbehaltung der Gewinne	411
d) Unterschreiten der Gewinnverteilungsquote	412
e) Verfahren	412
B. Entlastung	415
I. Jährliche Entlastung	415
II. Bedeutung	415
III. Anfechtung und Nichtigkeit von Entlastungsbeschlüssen	416
IV. Fehler im Zusammenhang mit der gewählten Art/Form der Entlastung ..	416
1. Keine Teilentlastung	416
2. Gesamtentlastung	417
3. Einzelentlastung	418
V. Anfechtungen wegen Verfahrensmängeln	420
1. Verfahren im Allgemeinen	420
2. Zeitpunkt der Beschlussfassung	420
3. Stimmverbote	421
a) Stimmverbot bei Drittgesellschaften	421
b) Unterscheidung Einzelentlastung – Gesamtentlastung	422
VI. Entlastungsbeschluss trotz Gesetzes- und Satzungsverstöße durch die Verwaltung	423
1. Inhalt des Entlastungsbeschlusses	423
2. Grenzen des Entlastungsbeschlusses	423
VII. Verletzung von Informations- und Berichtspflichten	426
VIII. Inhaltliche Mängel des Entlastungsbeschlusses	428
1. Ermessensüberschreitung der Hauptversammlung	428
2. Unrichtigkeit der Entsprechenserklärung	429
IX. Fehler im Nachgang der Entlastung	431
1. Bindungswirkung und Widerruf des Entlastungsbeschlusses	431
2. Wirkung der Entlastung	432
X. Folgen der Anfechtung	433
C. Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder	434
I. Anfechtungs- und Nichtigkeitsrisiken im Hinblick auf die persönlichen Anforderungen an Aufsichtsratsmitglieder	435
1. Die Regelung des § 100 Abs. 1 AktG	436
2. Sonderregelung für kapitalmarktorientierte Gesellschaften	439
3. Vorgaben des DCGK	439
4. Negative Voraussetzungen	439

II. Anfechtungs- und Nichtigkeitsrelevante Verstöße im Wahlverfahren	440
1. Bindung an Wahlvorschläge	440
2. Wahlabreden	441
3. Durchführung der Wahl	441
a) Bekanntmachung	441
b) Wahlvorschläge	442
c) Reihenfolge der Abstimmung	444
d) Abstimmungsmodus	444
e) Stimmenmehrheit	446
III. Sonderfall: Wahl von Ersatzmitgliedern	447
IV. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit aus sonstigen Gründen	449
1. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit nach §§ 250, 251 AktG	449
2. Anfechtung wegen falscher Entsprechenserklärung	449
V. Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern	452
VI. Folgen der erfolgreich angefochtenen Aufsichtsratswahl	454
D. Satzungsänderungen	457
I. Anwendungsbereich	458
1. Zeitlicher Anwendungsbereich	458
a) Vor Eintragung der AG ins Handelsregister	458
b) Nach Auflösung der Gesellschaft	458
2. Sachlicher Anwendungsbereich	459
a) Materielle Satzungsbestimmungen	459
b) Formelle Satzungsbestimmungen	459
c) Sonderfall Satzungsdurchbrechung	460
d) Weitere Sonderfälle	462
II. Zuständigkeit zur Beschlussfassung	463
1. Hauptversammlung	463
2. Aufsichtsrat	463
III. Verfahren	465
1. Mehrheitserfordernisse	465
a) Gesetzliche Mehrheitserfordernisse	465
b) Statutarische Mehrheitserfordernisse	466
IV. Weitere statutarische Erfordernisse	468
V. Zustimmung von Aktionären und von Dritten	469
VI. Aufhebung und Änderung von satzungsändernden Beschlüssen	470
VII. Besonderheiten bei einzelnen Beschlussgegenständen	470
1. Änderung des Gesellschaftszwecks	470
2. Unternehmensgegenstand	471
3. Gesellschaftsdauer und Geschäftsjahr	472
4. Umwandlung von Namensaktien in Inhaberaktien und umgekehrt	473
5. Sitzverlegung	473
6. Änderung statutarischer Mehrheitserfordernisse	473
7. Bedingung und Befristung	475
8. Rückwirkung	476
VIII. Schranken für Satzungsänderungen	477
1. Gesetzliche Schranken	477

2. Gleichbehandlungsgebot	477
3. Materielle Beschlusskontrolle	477
4. Positive Stimmpflicht der Aktionäre	478
IX. Sonderbeschlüsse	478
1. Allgemeines	478
2. Anwendungsbereich	479
3. Rechtsfolgen bei fehlendem bzw. fehlerhaftem Sonderbeschluss	479
X. Voraussetzungen für Sonderbeschlüsse	481
1. Existenz verschiedener Aktiengattungen	481
2. Benachteiligung einer Gattung	481
3. Ausnahmen	483
XI. Verfahren	483
1. Gesonderte Versammlung bzw. gesonderte Abstimmung	483
2. Zeitpunkt	484
3. Mehrheitserfordernisse	485
E. Kapitalmaßnahmen	486
I. Reguläre Kapitalerhöhung gegen Einlagen	486
1. Bekanntmachungsmängel	487
2. Inhalt des Kapitalerhöhungsbeschlusses	488
3. Keine Anfechtbarkeit bei fehlenden Sonderbeschlüssen	490
4. Keine Anfechtbarkeit bei ausstehenden Einlagen	491
5. Bezugsrechtsausschluss	491
a) Ausschluss im Kapitalerhöhungsbeschluss	491
b) Ordnungsgemäße Bekanntmachung	492
c) Vorstandsbericht	492
d) Materielle Beschlusskontrolle	493
e) Faktischer Bezugsrechtsausschluss	496
6. Unangemessen niedriger Ausgabebetrag bei Kapitalerhöhungsbeschlüssen mit Bezugsrechtsausschluss	496
a) Bezugsrechtsausschluss	496
b) Unangemessen niedriger Ausgabebetrag	497
c) Mittelbares Bezugsrecht	499
d) § 255 Abs. 2 AktG bei Sachkapitalerhöhungen	500
e) Beweislast	500
II. Bedingte Kapitalerhöhung	500
1. Bekanntmachungsmängel	502
2. Anforderungen an den Inhalt des Beschlusses	502
a) Zweck der bedingten Kapitalerhöhung	502
aa) Wandelschuldverschreibungen	503
bb) Unternehmenszusammenschluss	504
cc) Stock options	504
b) Allgemeiner zwingender Beschlussinhalt	506
c) Besondere Festsetzungen nach § 193 Abs. 2 AktG	507
d) Materielle Beschlusskontrolle	510
e) § 255 Abs. 2 AktG	511
3. Nichtigkeit aufgrund der Überschreitung von Kapitalgrenzen	511

4. Nichtigkeit entgegenstehender Hauptversammlungsbeschlüsse	513
III. Genehmigtes Kapital	514
1. Bekanntmachung	515
2. Inhalt der Ermächtigung	515
a) Angabe des Nennbetrags	515
b) Kapitalgrenze	515
c) Befristung	516
d) Ermächtigung zur Sachkapitalerhöhung	517
e) Fakultative Festsetzungen	517
3. Keine Anfechtbarkeit bei fehlenden Sonderbeschlüssen	517
4. Bezugsrechtsausschluss	517
a) Direktausschluss	518
b) Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss	519
c) Unangemessen niedriger Ausgabebetrag	521
d) Teilanfechtung	521
5. Keine Subsidiarität des genehmigten Kapitals	521
IV. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	522
1. Bekanntmachung	522
2. Beschlussinhalt	523
a) Zwingender Inhalt	523
b) Erhöhungsverhältnis	524
3. Anforderungen an die umzuwandelnden Rücklagen	524
4. Zugrunde gelegte Bilanz	526
5. Nichtigkeit nach § 212 Satz 2 AktG	527
6. Behandlung von teileingezahlten Aktien	528
7. Anfechtbarkeit aufgrund von § 216 AktG abweichenden Regelungen	529
8. Beginn der Gewinnverteilung	530
9. Treupflichtverletzungen	531
V. Ordentliche Kapitalherabsetzung	532
1. Hauptversammlungsbeschluss	532
a) Bekanntmachung	532
b) Zwingender Inhalt des Kapitalherabsetzungsbeschlusses	533
aa) Herabsetzungsbetrag	533
bb) Zweck der Kapitalherabsetzung	534
cc) Art der Herabsetzung	535
c) Fakultativer Inhalt des Kapitalherabsetzungsbeschlusses	535
2. Treupflicht	536
3. Materielle Beschlusskontrolle	537
4. Gleichbehandlungsgrundsatz	538
5. Sonderbeschlüsse	538
6. Herabsetzung unter den Mindestbetrag	539
VI. Vereinfachte Kapitalherabsetzung	540
1. Zweck der vereinfachten Kapitalherabsetzung	541
2. Verstoß gegen das Erfordernis der vorhergehenden Auflösung von Rücklagen	543
3. Verbot der Kapitalherabsetzung trotz Vorliegens eines Gewinnvortrags	544

4. Verletzung der Grenzen der Einstellung in die Kapitalrücklage	544
5. Rückwirkung der Kapitalherabsetzung	545
6. Rückwirkung einer gleichzeitigen Kapitalerhöhung	546
VII. Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien	547
1. Grundlagen	547
a) Zwangseinziehung und Einziehung nach Erwerb	547
b) Gestattete und angeordnete Zwangseinziehung	548
c) Einziehungsverfahren	549
aa) Ordentliches Einziehungsverfahren	549
bb) Vereinfachtes Einziehungsverfahren	550
2. Spezifische Beschlussmängel	551
a) Fehlen einer Ermächtigung zur Zwangseinziehung	551
b) Besondere Anforderungen an den Beschlussinhalt	552
aa) Ordentliches Einziehungsverfahren	552
bb) Vereinfachtes Einziehungsverfahren	553
c) Materielle Beschlusskontrolle bei Zwangseinziehung	553
d) Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	554
e) Treupflicht	555
f) Unzulässige Einziehungsgründe	555
g) Mängel im Hinblick auf die Einziehungsvergütung	556
h) Mängel bei den Voraussetzungen eines vereinfachten Einziehungs- verfahrens	557
F. Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträge	560
I. Überblick	560
II. Aktionäre der beherrschten Gesellschaft	561
III. Aktionäre der herrschenden Gesellschaft	562
IV. Beweislast	562
G. Squeeze-out-Beschlüsse	563
I. Nichtigkeitsgründe	563
1. Fehlen der erforderlichen Beteiligungsquote	563
a) Berechnung der Beteiligungsquote	564
b) Erforderlichkeit der Vollrechtsposition	565
c) Zurechnung von Aktien	566
d) Relevanter Zeitpunkt	566
e) Absenkung der Beteiligungsquote	567
2. Nichtigkeit aufgrund missbräuchlichen Anteilserwerbs?	567
II. Anfechtungsgründe	568
1. Keine Verfassungswidrigkeit der §§ 327a ff. AktG	568
2. Mängel des Squeeze-out-Verfahrens	569
a) Fehlen oder Unwirksamkeit des Squeeze-out-Verlangens des Hauptaktionärs	569
b) Fehlende oder nicht ordnungsgemäß angebotene Barabfindung	570
c) Mängel der erforderlichen Bankgarantie	572
d) Mängel des Berichts des Hauptaktionärs	575
e) Mängel der Prüfung der Angemessenheit der Barabfindung	576
f) Mängel bei der Bekanntmachung der Tagesordnung	578

g) Fehler bei der Auslegung von Unterlagen	579
h) Besondere Anforderungen an die Durchführung der Haupt- versammlung	580
3. Allgemeine Inhaltsmängel des Squeeze-out-Beschlusses	581
a) Kein Erfordernis sachlicher Rechtfertigung	581
b) Rechtsmissbräuchlicher Übertragungsbeschluss	582
c) Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 243 Abs. 2 AktG	583
d) Verletzung schuldrechtlicher Nebenpflichten	584
III. Übernahmerechtlicher Squeeze-out	584
IV. Verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	585
H. Strukturmaßnahmen von herausragender Bedeutung („Holzmüller“)	588
I. Hintergrund der Holzmüller-Rechtsprechung	588
II. Abgrenzungskriterien für Holzmüller-Sachverhalte	589
III. Vorlage eines Holzmüller-Sachverhalts zur Zustimmung	591
IV. Unterlassene Vorlage eines Holzmüller-Sachverhalts	592
V. Beweislast	593
Sachverzeichnis	595